



Sustainable Austria

Nummer 84 – Sommer 2022

Zusammengestellt von
Kim Aigner, Barbara Huterer
und Sandra Nebel

Wachstum im Wandel – *Wirtschaft anders denken*

... Nachbericht zum SOL-Symposium 2022



Gefördert durch die

Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit



Kim Aigner hat Internationale Entwicklung studiert und ist Projektleiterin und Referentin bei SOL.

Sandra Nebel studiert Umweltpädagogik und macht 2022 ein Praktikum bei SOL.

Barbara Huterer hat Internationale Entwicklung studiert, ist Geschäftsführerin und Projektleiterin bei SOL.

(v.l.n.r.)

Nach zwei Jahren Online-Veranstaltungen konnte das SOL-Symposium 2022 endlich wieder in Präsenz stattfinden. Was für eine Freude, alle wiederzusehen und neue Menschen kennenzulernen!

Unter dem Titel „Wachstum im Wandel – Wirtschaft anders denken“ haben wir uns in diesem Jahr der Frage gewidmet wie wir Wirtschaft anders gestalten und anders denken können und müssen. SOL arbeitet bereits seit vielen Jahren an diesem Thema, z. B. im gleichnamigen Netzwerk „Wachstum im Wandel“, was auch zum Titel des heurigen Symposiums geführt hat.

Beim SOL-Symposium 2022 gab es an zwei Tagen insgesamt vier Vorträge, die insoweitige Thema einführten sowie relevante Fakten und Inspiration lieferten. Am Freitag fand zusätzlich eine spannende Podiumsdiskussion zum „Just-Transition-Prozess“ statt. In diesem Heft findet ihr Artikel zu den Vortragsthemen und eine Zusammenfassung des Podiums.

Zur Vertiefung und zum weiteren Austausch gab es 12 Arbeitskreise, in denen Vertreter*innen von Projekten und Organisationen Einblicke in praktische Alternativen und ihr Engagement gaben. Zusätzlich dazu gab es diesmal drei Workshops und eine Exkursion zur Pionier-Oase.

Wie vielfältig die Themen der Arbeitskreise und die Diskussionen waren, sieht man in der Wordcloud. (siehe Bild oben)

Aus allen Arbeitskreisen wurden zentrale Punkte für die drei Bereiche „Visionen“, „Politik“ und „Lebensstil“ gesammelt. Diese Ergebnisse haben wir in unserem „Visionenbaum“ gesammelt. In der Krone finden sich die Visionen, da wollen wir hin. Der Stamm symbolisiert unseren Lebensstil, also was wir alle tagtäglich dafür tun können. Die Wurzeln sind schließlich die Basis, also die politischen Rahmenbedingungen, die wir dafür brauchen.

Alle Vorträge und die Podiumsdiskussion sowie den Visionenbaum (zum Reinzoomen) und die Radiosendungen zum SOL-Symposium findest du online unter www.nachhaltig.at/symposium2022.

Danke an alle, die dabei waren, für die angeregten Gespräche und die schöne Atmosphäre. Wir wünschen eine spannende Lektüre!



Gutes Leben für alle – Wohlstand ohne Wachstum?

Von Hans Holzinger

Vorbemerkung: Krieg als Kontrapunkt zum guten Leben

Es ist nicht leicht, in Zeiten des nach Europa zurückgekehrten Krieges über das gute Leben zu schreiben. Krieg ist der Kontrapunkt zum guten Leben. Oder besser: Frieden die Grundvoraussetzung dafür. Einer der Erfolge des Aufbaus der europäischen Wohlfahrtsstaaten nach dem Trauma zweier Weltkriege und des Faschismus war die Überzeugung, dass Krieg aus der Welt gebannt werden muss. Hier ist nicht der Platz, über Auswege aus dem Krieg gegen die Ukraine zu sprechen – die Breite der Positionen reicht von „Kein militärisches Nachgeben gegenüber dem Aggressor“, was weitere Waffenlieferungen inkludiert, bis hin zu „Menschenleben vor Territorium“, also passiver Widerstand, subversive Nicht-Kooperation mit den Besatzern. Ich tendier(t)e zu Letzterem. Keinen Schritt weiter bringt uns meines Erachtens eine erneute Aufrüstungswelle. Sie macht die Welt nicht sicherer und stabiler; sie vergeudet weiterhin enorme Ressourcen; sie bedeutet auch weitere ökologische Zerstörung.¹

Nun zum Thema: Wohlstand ohne Wachstum

Vor fünfzig Jahren publizierte der Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“, erstmals eine mentale Erinnerung daran, dass unendliches Wachstum in einer physisch begrenzten Welt unmöglich ist. Zwanzig Jahre später wurde bei der UN-Konferenz in Rio de Janeiro das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung propagiert. Es folgten zahlreiche internationale Konferenzen und Abkommen. Doch erst die Klimabewegung von Fridays for Future hat das Thema ernsthafter auf die politische Agenda gebracht – neben den sich häufenden Extremwetterlagen. Über die Frage des Wachstums wird seit gut einem Jahrzehnt intensiver nachgedacht – Postwachstumsökonomie wurde zu einer Teildisziplin der Wirtschaftswissenschaften, wenn auch noch wenig verankert. Außeruniversitär wird in Postwachstumskonferenzen über Wege eines guten Lebens jenseits des Wachstumszwangs diskutiert. Die Zahl an Publikationen ist stark gestiegen.² Postwachstum bezieht sich auf die materiell reichen Volkswirtschaften mit einem deutlich überhöhten Öko-Fußabdruck. Ärmere Länder haben das Recht, auch materiell weiterzuwachsen.³ Postwachstum bedeutet auch nicht, dass nichts mehr wächst. Erwünschte Dinge, etwa die Gewinnung erneuerbarer Energie, sollen wachsen, alles Nicht-Nachhaltige muss schrumpfen, z. B. der motorisierte Individualverkehr, bzw. auslaufen. Das erfordert Strukturwandel, aber kein weiteres Wachstum.

Exkurs: Die Grenzen des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

Das BIP wurde von Simon Kuznets im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre in den USA entwickelt. Kuznets selbst betonte immer, dass das BIP kein Maß für die Messung von Wohlstand sei. Doch dies wurde im Zuge der Kriegswirtschaft sowie dann in der Zeit des Wiederaufbaus und Wirtschaftswunders vergessen. Das BIP geriet zum Erfolgsindikator für Volkswirtschaften. Es hat aber gravierende Mängel: Es sagt nichts aus über die Verteilung des Erwirtschafteten. Negativkosten wie die Behebung von Umweltschäden, Autounfällen oder Zivilisa-



Hans Holzinger ist Wirtschafts- und Sozialgeograph und war dreißig Jahre lang in der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen u.a. für die Bereiche Nachhaltigkeit und neue Wohlstandsmodelle tätig. Nun ist er Senior Scientist der in Salzburg beheimateten Denkfabrik für neue Zukunftslösungen. Publikationen: „Von nichts zu viel – für alle genug“, „Wie wirtschaften?“, „Post-Corona-Gesellschaft“ u.a. www.jungk-bibliothek.org, www.hans-holzinger.org

„Jeder, der glaubt, exponentielles Wachstum kann andauernd weitergehen in einer endlichen Welt, ist entweder ein Verrückter oder ein Ökonom.“
Kenneth Boulding

- (1) Siehe dazu „Globale Umwelt- und Klimabelastung durch das Militär“ von Klaus Renoldner im SOL-Magazin 188 (www.nachhaltig.at/pdf/SOL188.pdf) oder meinen Gastkommentar in den Salzburger Nachrichten vom 23.04.22 „Rüsten oder nicht rüsten?“ www.tinyurl.com/ruestenodernichruesten
- (2) Siehe den Blog „Postwachstum“ (www.postwachstum.de) sowie das frühere Programm „Wachstum im Wandel“ (www.wachstumimwandel.at). Das Programm wurde von „Just Transition“ (www.tinyurl.com/just-transition) abgelöst. Für eine Übersicht siehe auch meine Literaturstudie „Wachstumsgrenzen. Die Postwachstumsdebatte in der aktuellen Fachliteratur“ (www.wachstumimwandel.at/wachstumsgrenzen-die-post-wachstumsdebatte-in-der-aktuellen-fachliteratur/)
- (3) Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört.



„WIR BAUEN EINE NEUE ZUKUNFT“ – Teilnehmer*innen bei der „Schnupper“-Zukunftswerkstatt am SOL-Symposium, geleitet von Hans Holzinger



Die „Ich habe genug“-Kampagne von SOL für mehr Suffizienz und ein gutes Leben für alle!
www.nachhaltig.at/genug

tionskrankheiten erhöhen das BIP. Für die Gesellschaft und Wirtschaft wichtige, nicht bezahlte (Vor-) Leistungen wie Kindererziehung, Betreuung älterer Menschen und gemeinschaftliches Engagement werden nicht erfasst.⁴ Der Verlust an „Naturkapital“ wird ebenfalls nicht berücksichtigt. Von Robert F. Kennedy ist der Satz überliefert: „Das Bruttoinlandsprodukt misst alles – außer dem, was das Leben lebenswert macht.“⁵

Problematisch ist exponentielles Wachstum. Zwei Prozent jährliches Wirtschaftswachstum bedeutet eine Verdoppelung alle 35 Jahre.⁶ Der Club of Rome hat daher bereits vor 50 Jahren von „organischem Wachstum“ gesprochen.⁷ Dafür brauchen wir neue Indikatoren für

Wohlstand, die die Lebensqualität messen.⁸ Sehr aussagekräftig ist das Konzept der Donut-Ökonomie von Kate Raworth, die die Planetary Boundaries, also die ökosystemischen Grenzen, mit den Grundbedürfnissen für ein gutes Leben verbindet.⁹

Fazit: Systemtransformation mit öko-sozialer Marktwirtschaft

Die erforderliche Transformation hin zu klimaneutralen Kreislaufwirtschaften ist vergleichbar jener vom Übergang von der handwerklichen zur industriellen Produktionsweise. Sie ist weniger eine moralische als eine systemische Frage. Die „Megamaschine“¹⁰ des kapitalistischen Industriesystems führt zu einem gigantischen Ausstoß an Waren. Die Weltproduktion ist enorm: Drei neue Autos und sieben neue Computer verlassen jede Sekunde die Fließbänder.¹¹ Die Zahl jener, die unseren materiellen Wohlstand erreichen werden, steigt rasch an. Der Umweltverbrauch misst sich aus dem materiellen Wohlstand multipliziert mit der Anzahl der Menschen, die sich diesen leisten können. Dazu kommt die permanente Generierung von neuen Bedürfnissen in den Wohlstandsgesellschaften mittels Werbung. Die handwerkliche Produktionsweise war bedarfsorientiert, die kapitalistische Industrieproduktion schafft Bedürfnisse, ist also angebotsgetrieben.

Wie entkommen wir dieser Konsumspirale? Wir brauchen Bewegungen bewusster Suffizienz, aber auch politische Strategien der Begrenzung durch Besteuerung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen sowie durch Förderung öffentlicher Güter der Grundversorgung statt Stützung von noch mehr Konsum. Es gibt zwei Transformationsweisen: alte Routinen und neue Technologien, z. B. Umstieg vom Verbrennungsmotor auf das E-Auto oder vom Fleisch auf vegetarisches „Fleisch“. Zweitens: neue Routinen und bekannte Technologien, z. B. Umstieg auf das Fahrrad, einem seit langem bewährten Fortbewegungsmittel, oder Konsum von mehr Gemüse, das seit Jahrtausenden Menschen ernährt. Ersteres gibt der Wirtschaft neue Wachstumspulse – E-Autos erhöhen die Umsätze der Automobilindustrie, aber auch den Ressourceneinsatz. Radfahren und Gemüseverzehr führen zwar zu geringeren Umsätzen, sind aber mit bedeutend weniger Umweltverbrauch verbunden. Wir werden beide Transformationsweisen brauchen – am wirksamsten sind jedoch jene, die auf mehr Einfachheit setzen. Ohne Suffizienz werden wir den Wandel nicht schaffen.

- (4) Bettina Haidinger und Käthe Knittler meinen in „Feministische Ökonomie“ (Mandelbaum-Verlag), dass das BIP in Österreich um ein Drittel höher wäre, wenn man alle nicht bezahlten Tätigkeiten einrechnet.
- (5) Robert Kennedy 1968 über das BIP: „Es erfasst nicht die Gesundheit unserer Kinder, nicht die Qualität ihrer Ausbildung und nicht die Freunde ihres Spielens. [...] Kurz gesagt misst es alles, bis auf die Dinge, die das Leben lebenswert machen.“ Zit. n. <https://tinyurl.com/endlich-wachstum>
- (6) Wirtschaftswissenschaftler Kenneth Boulding
- (7) Herman Daly: *Wirtschaft jenseits von Wachstum: Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*. 1999.
- (8) <http://happyplanetindex.org/>; <https://s3.amazonaws.com/happiness-report/2019/WHR19>; <https://www.tinyurl.com/wohlstandsquintett>; <https://tinyurl.com/statistikaustriaSDG>
- (9) Zur Donut-Ökonomie und den Länderprofilen siehe: <https://www.kateraworth.com/>, <https://goodlife.leeds.ac.uk/countries/>
- (10) Fabian Scheidler: *Das Ende der Megamaschine*. 2015. <https://www.megamaschine.org/>
- (11) www.live-counter.com, <https://www.worldometers.info/>, <https://ourworldindata.org/>, www.nachhaltig.at/genug

Zukunftsfähig Wirtschaften – vom Mythos „grünes Wachstum“ zu den Kreisläufen

Über den Input von Sigrig Stagl. Von Kim Aigner

Seit über 20 Jahren wird diskutiert, wer in der Klimakrise die Verantwortung trägt und wo anzusetzen ist. Währenddessen steigen die weltweiten Treibhausgasemissionen weiter, wie der letzte Bericht des Weltklimarates zeigt. Von den weltweiten Emissionen hat Europa einen Anteil von rund 8 %, was oft als Grund zum Nicht-Handeln angeführt wurde. Historisch kumulativ belaufen sich die Emissionen allerdings auf rund 23 %. Es sind diese Emissionen, auf denen unser heutiger Wohlstand basiert. Neben einer Vorbildfunktion hat Europa hier also auch eine historische Verantwortung. Während sich die Klimagase in Österreich seit 1990 stabilisiert haben, hat die EU ihre Emissionen um 25 % reduziert. Österreich ist also ein Klima-Nachzügler.



Nicht nur die Klimakrise drängt, auch andere planetare Belastungsgrenzen (Biodiversität, Stickstoff- und Phosphorbelastung, ...) sind bereits überschritten. Zusätzlich gibt es Interdependenzen, so führt eine stärkere Klimaerwärmung zu weiterem Artensterben u.s.w. Um mit dieser multiplen Krise umzugehen, muss sich unser Wirtschaften grundlegend ändern.

Mythos grünes Wachstum

Die meisten wirtschaftlichen Modelle können die Art und den Umfang dieser Risiken nicht adäquat erfassen. Es gilt also dieses Wissen um biophysische Grenzen in die ökonomischen Modelle zu integrieren. Die Vorstellung vom „grünen Wachstum“ geht hingegen davon aus, dass sich stetiges Wirtschaftswachstum (gemessen im BIP) und eine Reduktion der Umweltauswirkungen vereinbaren lassen. Die dafür notwendige Entkopplung wurde am Institut für Ecological Economics empirisch untersucht. Das Ergebnis: Die Entkopplung ist zwischen 1995 und 2015 sogar gelungen, aber zwischen 2008 bis 2019 wieder zurückgegangen, hat also an Dynamik verloren. Wir können uns also nicht darauf verlassen, dass wir aus den Problemen einfach „hinauswachsen“. Für die Makroökonomie ist das BIP allerdings weiterhin die Zielfunktion, also jene Größe, an welcher wirtschaftlicher Erfolg gemessen wird. Um anders zu wirtschaften, brauchen wir eine neue Zielfunktion und müssen Wirtschaft neu konzeptualisieren.

Wirtschaft neu denken

Es braucht also neue Wirtschaftskonzepte, in denen planetare Grenzen und ein „gutes Leben“ einen zentralen Platz haben. Ein solch neues Konzept bietet die Donut-Ökonomie von Kate Raworth¹ (siehe Grafik). Innerhalb des Donut-Rings befindet sich der „sichere und gerechte Raum für die Menschheit“, in welchem eine regenerative Ökonomie stattfinden kann. Begrenzt wird dieser Raum nach außen hin durch die „ökologische Decke“, also die biophysischen Belastungsgrenzen (Klimawandel, Artenvielfalt etc.). Nach innen wird der Raum durch das „gesellschaftliche Fundament“ begrenzt. Dieses Fundament ist die soziale Basis für den Raum, in dem wir nachhaltig leben können (Gesundheit, Bildung, Nahrung etc.). Der Innenbereich (das „Loch“) des Donuts sollte also gut gefüllt sein, während die Außengrenzen nicht überschritten werden. Am Institut für Ecological Economics spricht man als soziale Basis auch von „human flourishing“. Möglichkeiten für diese „menschliche Entfaltung“ bzw. ein „gutes Leben“ innerhalb der biophysischen Grenzen zu schaffen, das wäre die Aufgabe der Ökonomie. Genau dafür ist sie da!

Wie einzelne Länder in Bezug auf diesen Donut abschneiden, haben sich Forscher*innen der University of Leeds empirisch angesehen. Es ist zu beobachten, dass in jenen Ländern, die sich innerhalb der biophysischen Grenzen befinden, auch die soziale

Vortrag von Sigrig Stagl,
Gründerin des Instituts für
Ecological Economics an der
Wirtschaftsuniversität Wien,
beim SOL-Symposium 2022.

(1) www.kateraworth.com

Basis unzureichend erfüllt ist. In jenen Ländern, in denen das soziale Fundament annähernd oder gänzlich erreicht wurde, sind auch die biophysischen Grenzen überschritten. Es gibt derzeit also kein Land, welches die Bedürfnisse der Bevölkerung ideal erfüllt und gleichzeitig innerhalb der biophysischen Grenzen bleibt. Für eine nachhaltige Entwicklung müssten alle Länder in einen Bereich mit geringem Umweltverbrauch und hohen sozialen Standards. Es gibt also Entwicklungsbedarf in ALLEN Ländern, wie auch die Sustainable Development Goals (SDGs) unterstreichen.

Instrumente für den Wandel

Es stellt sich die Frage, welche wirtschaftspolitischen Instrumente nun geeignet sind, um diesen Wandel zu schaffen. Ein gängiges Instrument ist die Bepreisung von Kohlenstoff, denn volkswirtschaftlich gilt: Eine Ressource, die keinen Preis hat, wird übernutzt. Die Antwort auf solche externen Effekte ist es, diese zu internalisieren, also ihnen einen Preis zu geben. Das Problem in der Praxis ist der meist zu geringe Preis pro Tonne CO₂ – ein Problem, das sich lösen ließe, wie das Beispiel Schweden zeigt. Allerdings sind weltweit nur 23 % der Klimagase überhaupt in ein Bepreisungssystem eingebunden. Das bedeutet, dass für 77 % der Klimagase derzeit niemand zur Verantwortung gezogen wird.

Die CO₂-Bepreisung kann daher nur eines von vielen Werkzeugen sein. Was wir aber brauchen, ist eine ganze Werkzeugkiste. Für Österreich haben rund 90 Wissenschaftler*innen mögliche Umsetzungswege gesammelt und im Handbuch Referenz-Nationaler Energie- und Klimaplan (Ref-NEKP) veröffentlicht.³ Das Referenz-Handbuch ist eine Sammlung von Maßnahmen, die bekannt sind und positiv evaluiert wurden. Von einer sozial-ökologischen Steuerreform über die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und eine klimaschutzorientierten Energieraumplanung bis zum Umbau zur Kreislaufwirtschaft u.v.m. Es gibt also genügend erprobte Maßnahmen, an denen sich politische Entscheidungen orientieren können, und sie liegen auf dem Tisch. Die Werkzeugkiste ist voll! Was fehlt, ist die Umsetzung.

Die Werkzeugkiste ist voll! Was fehlt, ist die Umsetzung.

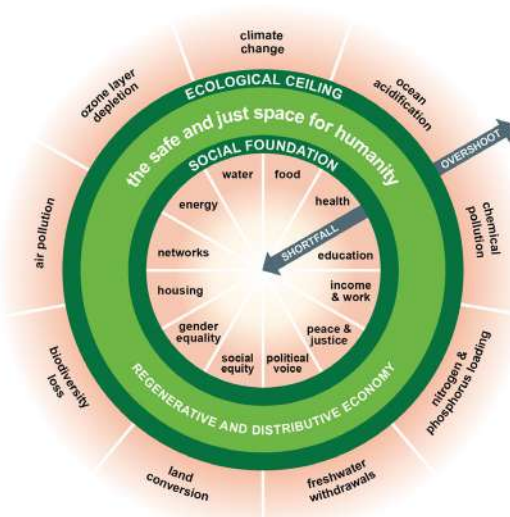
Bedürfnisse ins Zentrum

Ein ambitionierter nationaler Energie- und Klimaplan ist wichtig. Dennoch ist die Betrachtung verengt, denn auch dieser ergibt sich aus einer Markt- und Technologielogik. Daher braucht es zusätzlich ein „reframing“, also einen gänzlich neuen Rahmen für das Wirtschaften. Und wieso nicht als Ziel des Wirtschaftens die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse festmachen? Das würde bedeuten, nicht die Einkommen, sondern die Bedürfnisbefriedigung ins Zentrum zu stellen. Bei allen kulturellen und generationalen Unterschieden bleiben die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse weitgehend unverändert. Zwar kann und muss über die Benennung dieser Bedürfnisse und die unterschiedlichen Ansätze diskutiert werden, doch dies ist eine durchwegs sinnvolle gesellschaftliche Diskussion, die wir baldigst beginnen sollten.

Natürlich müssen wir uns auch fragen, welche Systeme wir brauchen, um diese Bedürfnisse nachhaltig zu befriedigen. Eine zentrale Rolle spielen dabei sicherlich öffentliche Versorgungssysteme für alle, welche auf ökologisch nachhaltige Art und Weise zur Verfügung gestellt werden. Es ist nicht genau vorhersehbar, welche weiteren Maßnahmen wir brauchen werden, denn es gibt viele Interdependenzen, und es wird darauf ankommen, welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt eingeführt werden und wie die Menschen, also wir alle, diese mittragen. Für die sozial-ökologische Transformation brauchen wir jedenfalls die volle Werkzeugkiste, und gleichzeitig ist es wichtig, nicht nur den Marktlösungen verhaftet zu bleiben. Anstatt Einzelmaßnahmen und Betroffenheiten zu diskutieren, sollten wir mehr über die plausiblen und attraktiven Zukünfte sprechen, die wir uns gemeinsam erwirtschaften und erarbeiten wollen. Ja Zukünfte, nicht Zukunft, denn diese brauchen wir, um gemeinsam zu eruieren, wo wir uns hinbewegen möchten.

(2) <https://goodlife.leeds.ac.uk>

(3) <https://tinyurl.com/Ref-NEKP>



Donut-Ökonomie von Kate Raworth¹

Die globalen Bewegungen für Klimagerechtigkeit

Von Alexander Behr

„Klimaaktivist*innen werden manchmal als gefährliche Radikale dargestellt, aber die wirklich gefährlichen Radikalen sind die Länder, die die Produktion fossiler Brennstoffe steigern“, sagte UN-Generalsekretär Antonio Guterres, nachdem am 4. April 2022 der letzte Teil des 6. Sachstandsberichts des Weltklimarats IPCC veröffentlicht wurde.¹ Guterres hat Recht: Die Lage ist durchaus alarmierend. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird es folglich zu einer förmlichen Explosion von politischen Debatten, Konfrontationen und Kämpfen angesichts der klimaschädlichen Industrien und Infrastrukturen, aber auch in Bezug auf die Aus handlung von Emissionsrechten und -steuern, Maßnahmen zur Anpassung an die Klimakrise, negative Emissionen, Geo-Engineering und vielem mehr kommen. Im selben Maß, in dem Hitzewellen, Waldbrände, Überflutungen und Wirbelstürme häufiger werden, werden sich auch die sozialen Kämpfe in diesem Bereich verdichten und an Dynamik gewinnen – ihr Ausgang ist indes vollkommen offen.

Die Klimafrage und soziale Bewegungen

Die Klimafrage ist aktuell für emanzipatorische Bewegungen so etwas wie ein Türöffner. Denn mit ihr sind Fragen von Ernährung, Mobilität oder Wohnen genauso verbunden wie Fragen weltumspannender Gerechtigkeit, Migration und Nord-Süd-Verhältnissen: Heute weiß jedes Kind, das auf die Klimademonstrationen geht, dass jedem Menschen auf diesem Planeten nur eine, höchstens aber zwei Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr zustehen, dass die Emissionen in den Industrieländern aber weit darüber liegen. Es weiß auch, dass die CO₂-Emissionen sehr stark nach Einkommen aufgefächert sind: Zehn Prozent der Weltbevölkerung sind für nahezu die Hälfte der konsumbezogenen CO₂-Emissionen verantwortlich.² Der Großteil dieser zehn Prozent lebt im Globalen Norden. Emissionen, die im Globalen Süden anfallen, dienen oft dem Konsum der Menschen im Globalen Norden. Oder zugespitzt: Die SUVs werden als ein zentraler Ausdruck des Problems erkannt – das ist Klassenkampf und Klimaschutz in einem.

Events and Places

Für den Aufbau des Widerstands braucht es „events and places“, also Ereignisse und Orte, die sich für massenhaften Protest anbieten. Dazu zählen Kohlegruben oder Schiffshäfen genauso wie die Zentralen von Energiekonzernen wie RWE oder Vattenfall oder Autobahn- und Flughafenbaustellen. Die in Frankreich weithin bekannten ZAD-Proteste sind dafür beispielgebend: Nach jahrzehntelangen Kämpfen wurde bei Nantes der Bau eines Flughafens verhindert.³ Die ZAD, die „zone à défendre“, also die „zu verteidigende Zone“, wurde zum geflügelten Wort und fand als Begriff sogar Eingang ins französische Wörterbuch. Aktionen gegen die Internationale Automobil-Ausstellung IAA sind genauso wichtig wie Proteste gegen Fluggesellschaften, große Tierfabriken oder Futtermittelproduzenten wie AGM, Cargyll oder Dreyfus.



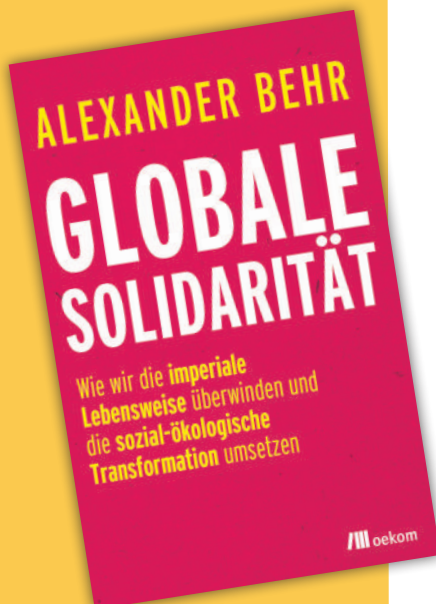
Alexander Behr beim SOL-Symposium 2022



Alexander Behr ist Politikwissenschaftler und Journalist. Neben der Lehrtätigkeit an Universitäten, an Schulen und bei Gewerkschaften engagiert er sich im Netzwerk *Afrique Europe Interact* und bei *forumcivique.org*. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei „Diskurs. Das Wissenschaftsnetz“, Mitglied im Kollektiv *Mühle Nikitsch* (*muehlenikitsch.net*) und im Kuratorium der Hilfsorganisation *medico international*.

Foto: Lisa Bolyos

- (1) Narodoslawsky, Benedikt (2022): *Historische Rede - FALTER.natur* #54, 08. April 2022.
- (2) Oxfam (2015): *Die reichsten 10 Prozent verursachen die Hälfte der weltweiten Treibhausgase*, Pressemitteilung, 02. Dezember 2015.
- (3) Behr, Alexander (2016): *Kein Flughafenbau in Nantes. Mobilisierung der sozialen Bewegungen in Frankreich*, Radiobeitrag, in: *Ö1*, 23. September 2016.
- (4) Häußermann, Dorothee (2018): *Nachhilfe für den deutschen Kohleausstieg*, in: *klimaretter.info*, 13. März 2018.



Von Alexander Behr erscheint im Oktober 2022 im oekom-Verlag das Buch „Globale Solidarität– Wie wir die imperiale Lebensweise überwinden und die sozial-ökologische Transformation umsetzen“, in dem er die im Artikel angeschnittenen Fragen vertieft.

Bereits jetzt müssen diese Konzerne soziale Bewegungen als Investitionsrisiko einberechnen – dafür stehen mehrere Aktionen exemplarisch:

- Juni 2017: 300 Aktivist*innen der Gruppe Code Rood blockieren in Amsterdam den zweitgrößten Kohlehafen Europas.⁴
- November 2019: 4.000 Aktivist*innen besetzen Kohlegruben in der Lausitz und blockieren die Verladestation und die Eisenbahnschienen zu einem Braunkohlekraftwerk. Die Blockaden stoppen für kurze Zeit die Kohlelieferungen und zwingen den Eigentümer Vattenfall, das Kraftwerk herunterzufahren.
- Juni 2020: In Frankreich finden Dutzende Aktionen gegen die „réintoxication du monde“ statt, also gegen die „Wiedervergiftung der Welt“ nach den Corona-Lockdowns.⁵ Unter anderem wird dabei in Toulouse eine Zementfabrik des Unternehmens Lafarge, dem weltweit zweitgrößten Zementhersteller, besetzt.⁶
- August 2021: Hunderte Aktivist*innen besetzen die Baustellen der Stadtbahn im Norden Wiens. Die Proteste sind noch immer im Gange.⁷

Was wäre, wenn in den nächsten Jahren Zehntausende Menschen bei ähnlichen Aktionen mitmachen würden und nicht „nur“ ein paar Hundert oder Tausend? Was, wenn die nächste Generation nach Fridays for Future zu dem Schluss käme, dass massenhafter ziviler Ungehorsam nicht nur legitim, sondern absolut notwendig ist? Was, wenn an vielen Orten friedliche Sabotageaktionen stattfinden, die vom Dorfpfarrer genauso mitgetragen werden wie von der lokalen Klimagerechtigkeitsgruppe? Abwegig sind diese Szenarien nicht. Denn es ist durchaus möglich, dass auch Menschen, die sich bislang in relativ unauffälligen Bürger*innen-Initiativen engagiert haben, ihre Strategien ändern, wenn sie sehen, dass ihre bisherigen Protestformen nicht dazu geführt haben, dass die Regierungen und Konzerne einlenken.

Die vergangenen 26 Jahre der UN-Klimaverhandlungen zeigen, dass wir von den Regierungen kaum sinnvolle Beschlüsse erwarten können, um die Erderhitzung abzubremsen.

Das wirft die Frage auf, wie sich gesellschaftliche Gegenmacht von unten aufbauen lässt, die letztlich so stark wird, dass sich die Kräfteverhältnisse grundlegend ändern. Braucht es dafür eine „Internationale“ der Klimagerechtigkeitsbewegungen?⁸ Und wenn ja, welches Verhältnis zwischen gemeinsamer Planung und Autonomie, zwischen Dezentralität und formeller Struktur sollte gewählt werden? Es wird sich lohnen, in den nächsten Jahren über diese und ähnliche Fragen kollektiv nachzudenken.

(5) Vgl. die Aufrufe und Berichte zu den Aktionen auf den jeweiligen Homepages: <https://agir17.noblogs.org/>, <https://lessoulevementsdelaterre.org/>, www.terrestres.org/2021/07/29/reprise-de-terres-une-presentation/.

(6) O. V. (2020): Des dizaines d'actions ont eu lieu mercredi 17 juin contre la «ré-intoxication du monde», in: Reporterre, 17. Juni 2020.

(7) Verein Rettet die Lobau – Natur statt Beton (2022): #LOBAUBLEIBT jetzt in ganz Wien. Zeitung der LB-Bewegung, 15. April 2022.

(8) Behr, Alexander (2022): Proletarier aller Länder? Geschichte und Gegenwart der Internationalen Arbeiterassoziationen, Radiobeitrag, in: Ö1, 09. Februar 2022



Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber: „SOL - Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil“, Sapphog. 20/1, 1100 Wien (= Redaktionsanschrift). Druck: gugler GmbH, Melk. DVR 0544485. ZVR Nr. 384533867. Namentlich gekennzeichnete Artikel drücken die Meinung des Autors / der Autorin aus. **Redaktion:** Kim Aigner, Sandra Nebel und Barbara Huterer. **Layout:** Barbara Huterer.

Offenlegung: siehe www.nachhaltig.at/impressum

Spenden: Bitte auf unser Konto bei der Bank Austria. Kontoinhaber: SOL, IBAN: AT56 1200 0004 5501 5107, BIC: BKAUATWW.

Ein Blick in das utopische Morgen – und wie wir dort hingekommen sind

Von den Zukunftsalchemisten

Stell dir eine Welt vor, in der Klimawandel, Artensterben, Kriege und Pandemien unsere Köpfe ständig in Angst und somit Alarmbereitschaft versetzen. Eine Welt, die manche nahe dem Untergang sehen und wo die Mehrheit offenbar darauf wartet, dass sie ein Held in Form von Politik oder Technologie endlich erlöst. Eine Welt also, wo sich die Gefühle Ohnmacht und Gleichgültigkeit die Waage halten und eine kleine engagierte Minderheit ständig bis zur Erschöpfung dafür kämpft, das Ruder rumzureißen.

Leben wir in dieser Welt? Das können wir nicht sagen. Aber manchmal kommt es uns schon so vor. Wer es im Winter 2021 nicht geschafft hat, den eigenen Konsum an manchen Mainstream- wie auch Alternativmedien einzuschränken, hatte wohl des Öfteren mit Unsicherheit, Zukunftsängsten bis hin zur Depression zu tun. Selbst wir, die wir uns mit Gefühlen und Ängsten seit Langem beschäftigen, mussten immer wieder den Bildschirm abdrehen, um nicht abzudrehen ... ! Weil Angst auf lange Sicht aber NICHT motivierend wirkt, haben wir als „die Zukunftsalchemisten“ ein Programm entwickelt, welches sich mit positiven Zukunftsbildern auseinandersetzt.

In „Zurück aus 2040“ berichten wir als zwei Zeitreisende über die Welt von morgen. Und weil über zukunftsfähige Gebäude, Energiesysteme oder Ernährungsformen zum Glück schon einiges bekannt ist, wollen wir uns vor allem den menschlichen Zukunftsqualitäten widmen. Wie haben uns wir Menschen verändert, und wie sieht sie aus, die Gesellschaft der Zukunft? Als fiktive Zukunftsbürger*innen aus 2040 möchten wir diese Fragen mit 3 kurzen Beispielen beantworten:

1. Vom Consumer zum Prosumer

Anfang der 20er-Jahre gab es jede Menge Gesprächsstoff zum Thema nachhaltiger Konsum. All jenen, die nachhaltigen Konsum in den Dialog eingebracht haben, sei hiermit für ihre wichtige Arbeit gedankt! Dennoch können wir berichten, dass wir in 2040 noch weit darüber hinausgehen.

Als Zukunftsbürger*innen begreifen wir uns nicht nur als Konsument*innen. Wir verstehen uns als wichtigen Teil der Zivilgesellschaft UND als wichtigen Teil der Wirtschaft. Auch in Zukunft arbeiten noch viele Menschen in Wirtschaftsunternehmen und so fragt die Ingenieurin der Zukunft nicht nur nach der Herkunft ihrer Bananen, sondern auch nach der Herkunft ihrer Halbleitermaterialien. Und wenn die problematisch ist, dann kauft sie diese woanders! Der Händler der Zukunft unterstützt Fair Trade nicht nur im Supermarkt, sondern auch am Verhandlungstisch – und die Investorin der Zukunft gibt nicht nur Risikokapital an ökologisch orientierte Start-ups, sondern wird auch im eigenen Unternehmen richtig kreativ in Sachen Umweltschutz.

In Zukunft kaufen wir uns nicht mehr nur unser Gewissen frei, wir leben unsere Vorstellungen auch im Wirtschaftsalltag. Und nur weil sich immer mehr Menschen als Produzent*innen begriffen haben, gibt es in Zukunft eine viel breitere Palette an nachhaltigen Konsumgütern. Den Anfang nahm diese Entwicklung im Energiebereich, wo schon zu Beginn des Jahrtausends von sogenannten Prosumern die Rede war. Menschen also, die Energie nicht nur konsumieren, sondern über ihre PV-Anlage am Dach auch bereitstellen. Schön, dass sich dieses Selbst-



Julia Buchebner und Stefan Stockinger sind die Zukunftsalchemisten.





verständnis der Prosumer auf so viele Wirtschaftsbereiche ausgedehnt hat!

2. Von der Ohnmacht in die Wirkmacht

Nach vielen Jahrzehnten des Wartens haben in den 20er Jahren immer mehr Menschen begriffen, dass der Held – und somit die Lösung – nicht von selbst kommen wird. Und so wollten sie das Warten beenden und aktiv werden. Doch so leicht, wie sich das sagt, ist es nicht getan! Denn meist sind es tief verankerte Muster, Ängste und Glaubenssätze, die uns Menschen davon abhalten, unsere inneren Überzeugungen voll auszuleben und in die Wirkkraft zu kommen.

Persönlichkeitsentwicklung war das Gebot der Stunde. Und nach einer gewissen Phase der Skepsis fand diese auch breiten Eingang in die Nachhaltigkeitsszene. Inneres Wachstum wurde zu einer der Grundlagen für äußeres Wirken. Man verstand, dass die aus der Businesswelt bekannten Empowerment-Programme auch engagierten Menschen wichtige Tools zur Hand geben, um nachhaltig aktiv sein zu können.

3. Zuhören – eine zutiefst unterschätzte Qualität

Wie kam das gute 2040? Einer der wesentlichsten Gründe war sicher unser starkes und gelebtes Miteinander. Und auch wenn Miteinander schon früher als wichtiger Wert genannt wurde, so hatte man in den 20ern oft das Gefühl, dass sich dieses Miteinander nur auf jene Gruppe beschränkt, die ähnlich denkt wie man selbst. Es war ein Miteinander innerhalb der eigenen Gruppe, die im Umgang mit anderen Gruppen aber oft ein Gegeneinander lebte.

In 2040 wird der Wert des Miteinanders auf breiter Basis gelebt. Und dafür war vor allem eine menschliche Qualität verantwortlich: Zuhören. Ehrliches, wertfreies und tiefes Zuhören. In 2040

- hört der Bauer der Umweltschützerin wirklich zu – und die Umweltschützerin hört dem Bauern wirklich zu. In 2040
- hört die Geschäftsführerin dem Aktivisten wirklich zu – und der Aktivist hört der Geschäftsführerin wirklich zu.

Und weil wir in dieser Zukunft wieder imstande sind, auch jenen wertfrei zuzuhören, deren Meinung wir nicht teilen, hat sich ein ehrliches und authentisches Miteinander entwickelt. Aus einem Wort ist ein Wert geworden, und dieser wird in unserer Gesellschaft nun endlich auf breiter Basis gelebt.

Die Zukunft ist der Hammer, besser noch als die Gegenwart! Wir leben in nachhaltigen Häusern, essen biologische Lebensmittel und versorgen uns mit regenerativer Energie. Was aber noch viel erstaunlicher scheint, sind die menschlichen Qualitäten, die wir auf diesem Weg entwickelt haben. Die Skills der Zukunft reichen von Globalbewusstsein, Selbstwirksamkeit über Achtsamkeit bis hin zu Empathie. Und so trifft man in 2040 noch viel mehr herzoffene und ermutigte Bürger*innen, die wirklich zuhören können und die Probleme unserer Welt erfassen – und somit selbstständig lösen können.



Lebensqualität und Wirtschaftswachstum

Ziel des Heftes ist es, einerseits die Thematik Wirtschaftswachstum und BIP auch für Lai*innen verständlich darzustellen und andererseits anzuregen, mithilfe von „Experimenten“ über das eigene Leben und die eigene Lebensqualität nachzudenken. www.nachhaltig.at/lebensqualitaet-und-wirtschaftswachstum



zu bestellen im SOL-Shop:
www.nachhaltig.at/shop

„Just Transition“ – der gerechte Übergang: Bericht zum Podium am SOL-Symposium

Von Sandra Nebel

„Manche Menschen haben Angst vorm Ende der Welt, andere haben Angst vorm Ende des Monats.“¹ Damit startete Moderator Fred Luks (aktiv im Netzwerk Wachstum im Wandel) gekonnt die Diskussion des SOL-Symposiums. Das interdisziplinäre Podium bestand aus Barbara Coudenhove-Kalergi von der Industriellenvereinigung (Abt. Bildung und Gesellschaftspolitik), Fabio Bruni vom Klimaministerium (u. a. Referent für grüne Finanzen und nachhaltige Wirtschaft), Michael Soder von der Arbeiterkammer (grüner Strukturwandel, grüne Industriepolitik) und dem in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiven Manuel Grebenjak (System Change, not Climate Change).

In der Einstiegsrunde beschrieb Herr Bruni Just Transition auf europäischer Ebene als ein Instrument des European Green Deal². Dieser Mechanismus soll u. a. vom Wandel betroffene Regionen unterstützen, um negative soziale Auswirkungen zu vermeiden. Das Ministerium versuche, den Transitionsprozess gemeinsam mit AK, IV und anderen auf die nationale Ebene zu übersetzen. Aufgrund der Kompetenzen des Ministeriums setzt es seinen Fokus auf konkrete Maßnahmen im Bereich Aus- und Weiterbildung und das Aufzeigen alternativer Berufsmöglichkeiten für Fachkräfte aus dem Energie- und Wärmesektor. Das Aufwerfen großer Fragen hält Bruni in der Struktur eines Ministeriums für weniger sinnvoll, bringt lieber produktive Arbeitspakete heraus. Im Verlauf der Diskussion gab er zu bedenken, dass der Klimabonus die Wirkung von Preiserhöhungen zugunsten einer „Kostenwahrheit“ auflöst. Persönlich gibt es ihm Hoffnung, dass es innerhalb der Institutionen durchaus Personen gibt, die sehr progressive Vorstellungen haben. Diese Aussage relativiert sich jedoch im Hinblick auf Wachstum, da er bezüglich Energiewende meinte: „Es muss schon etwas wachsen, bevor etwas anderes reduziert werden kann“.

Wachstumsüberzeugt erschien Frau Coudenhove-Kalergi, im Diskussionsverlauf stimmt sie den Aussagen des Vertreters der AK bezüglich sozialer Frieden mehrmals zu. Sie stellt jedoch darüber hinaus fest, dass Unternehmen in der Logik von Unternehmen agieren: „Ohne Gewinnaussicht wird sich nichts bewegen. Unternehmen müssen Profite machen, Unternehmen müssen wachsen, [...] ohne dieses Wachstum werden wir die Transformation nicht hinkriegen. [...] Wir können [...] darüber diskutieren, welche Art von Wachstum, das sein soll [...], aber Gewinnaussicht ist für Unternehmen definitiv das bessere Argument als moralische Überlegenheit.“ Als eine Publikumsfrage Unternehmens-Wachstum als Ziel infrage stellte, antwortete sie „[...] Wachstum korreliert wirklich unmittelbar mit Lebenschaltungschancen [...] Wir kommen, auch wenn wir unsere Gesellschaft transformieren wollen, [...] am Wachstum im Prinzip nicht vorbei.“ Im Publikum schlägt der Vortragende Hans Holzinger den Begriff „Strukturwandel“ statt Wachstum vor, dies lehnt sie ab. Suffizienz³ hält sie für ein „schwieriges Konzept“ in einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft. „Ich glaube leider, wir müssen der Realität leider ins Auge blicken, so schnell kommen wir aus den Fossilen nicht raus.“

Herr Soder von der AK stimmte in der Eröffnungsrunde Herrn Bruni zu, dass es sich bei der bevorstehenden Transformation um einen sehr großen Prozess handelt, in seinem Ausmaß mit der Industrialisierung vergleichbar. Den Preissteigerungen sei u. a. mit einer Anhebung der Sozialtransfers zu begegnen, um den sozialen Druck abzufedern, es könne nicht ein Drittel der Bevölkerung in Armut und Perspektivlosigkeit zurückgelassen werden, das gefährde die politische Stabilität in unserem Land. Den Zugang zu Gütern über die Kaufkraft zu regeln, lehnt er ab und spricht sich für Verbote und Gebote von politischer Seite aus. Es solle zudem Wohlstand breiter definiert werden, um alle wichtigen Parameter zu erfassen. Persönlich geht es



Auch Frau Morgen und Herr Anderswo waren sehr interessiert an der Diskussion zu einer gerechten Transformation!

(1) abgeleitet von Protestplakaten der Gelbwesten-Bewegung in Frankreich

(2) Grüne Wachstumsstrategie der EU, hat u.a. die Klimaneutralität Europas bis 2050 zum Ziel

(3) Suffizienz: Reduktion des vorherrschenden Überkonsums auf die wirklich nötige Menge

ihm darum, eine Allianz der Willigen zusammenzubringen: Zivilgesellschaft, Unternehmen und Beschäftigte. Besonders wichtig sieht er den Ausbau des Sozialstaates.



Michael Soder, Barbara Coudenhove-Kalergi, Fred Luks, Fabio Bruni und Manuel Grebenjak (v. l. n. r.)

Dazu wirft der Klimagerechtigkeitsaktivist Grebenjak nur kurz das Wort „Rebound“⁴ ein. Er widerspricht außerdem Soders Meinung, die Wachstumsdiskussion sei müßig und überflüssig, da die Einstellung zu Wachstum großen Einfluss auf die Maßnahmen habe, die Personen vertreten. Den Begriff ökologische Kostenwahrheit bezeichnete er angesichts der Schäden, die verursacht werden, als Zynismus, außerdem müssten Luxusemissionen wie das Fliegen anders bepreist werden als Subsistenzemissionen, die wichtig für die Gesellschaft sind. Grebenjak kritisierte zudem die Eintracht von IV und AK: Die beiden müssten sich eigentlich streiten, „dass nicht, wo die Wirtschaft anfängt, die Demokratie endet“. In Sachen Reduktion seien alle Institutionen am Podium Bremser, er spricht sich für das Konzept Suffizienz aus: Dinge zu lassen, die keinen Sinn machen – und erntet dafür spontanen Zwischenapplaus vom Publikum. Außerdem stellte er klar: „1,5 Grad sind nicht

verhandelbar, sie wurden schon verhandelt“, nur eine Reduktion der Fossilen lässt uns dieses Ziel erreichen, nicht der Ausbau der Erneuerbaren. Österreich habe bezüglich CO₂ bereits bei anderen Ländern Schulden gemacht, die wir zurückzahlen müssen, die gerechte Transformation müsse daher global gedacht werden. Persönlich gibt ihm Hoffnung, dass man Systeme nicht in ihrer Logik ansprechen muss, sondern sie durch Druck von außen verändern kann. Er wünscht sich mehr Macht für die Zivilgesellschaft und mehr direkte Demokratie. Grebenjak plädiert für Radikalität im Wandel des Systems und gibt zu bedenken: „Alle, die nicht radikal sind, sind gefährlich – wenn man jetzt nicht radikal handelt, ist das gefährlich für uns alle.“

(4) Rebound-Effekt: (Jevon's Paradox) Effizienzsteigerung führt zu Steigerung des Verbrauchs



Wachstumsdiskurs in der Kritik – vier gängige Argumente widerlegt von Hans Holzinger

Wirtschaftswachstum bringt mehr Wohlstand? Wirtschaftswachstum hat in Österreich in der Tat Massenwohlstand ermöglicht. Doch: Ab einem bestimmtem Einkommensniveau kommt es zur Entkopplung von Zufriedenheit („Vergleichs-falle“, „Statusfalle“, „Anspruchsfalle“). Entscheidend sind die Lebenshaltungskosten: Ernährung, Wohnen, Mobilität. Wir brauchen daher eine Grundbedürfnisorientierung und statt Wachstum eine andere Verteilung des Wirtschaftsprodukts.

Wirtschaftswachstum sichert unsere Sozialsysteme? Es stimmt: Sozial- und Krankenversicherungen, öffentliche Leistungen wie Schulen, Universitäten, Kultureinrichtungen sind mit dem Wirtschaftswachstum gestiegen. Doch: Ihre Gefährdung hängt mit der Abwertung des Staates und öffentlicher Leistungen zusammen. Öffentliche Güter können weiterwachsen, wenn der Staat genügend Steuereinnahmen hat. Dies erfordert eine Neujustierung der Steuersysteme: Erbschaftssteuern, Vermögenssteuern, Umweltsteuern, gestaffelte Konsumsteuern, Werbesteuern, Austrocknung von Steueroasen. Zugleich geht es darum, Negativkosten durch präventive Gesundheits- und Sozialpolitik, Abschaffung ineffizienter Subventionen u.a.m. zu verhindern.

Wirtschaftswachstum sichert unsere Arbeitsplätze? Es stimmt: Es gibt eine Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum. Es gibt aber auch „Jobless Growth“ durch Automatisierung. Steigende Arbeitsproduktivität ermöglicht Arbeitszeitverkürzung – aus meiner Sicht sinnvoll mit gestaffeltem Lohnausgleich. Mehr freie Zeit statt noch mehr Einkommen wird für mittlere und höhere Einkommensschichten attraktiv. Gleichbleibendes oder sinkendes Arbeitsvolumen erfordert eine Neuverteilung der Erwerbsarbeit durch Abbau von Überstunden und neue Arbeitszeitmodelle. Mehr soziale Dienstleistungen sowie die Energiewende schaffen zudem neue Tätigkeitsfelder.

Wirtschaftswachstum ermöglicht Umweltschutz? Umweltschutz wurde in der Tat leistbar durch Wirtschaftswachstum. Doch: Wirtschaftswachstum verstärkt die Umweltprobleme. Nicht mehr End-of-the-Pipe-Lösungen (Schadstofffilter, Müllverbrennung), sondern die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs ist gefragt. Wir brauchen eine Umlenkung von Investitionsströmen („Divestment“) und ökologischen Strukturwandel mit Effizienz, Konsistenz und Suffizienz.